

Pressemitteilung de Ivi vom 19.02.2013

„Wir lassen uns weder einschüchtern noch billig rauskaufen!“

Nach dem Gerichtsurteil vom vergangenen Freitag, das die ‚GbR Institut für vergleichende Irrelevanz‘ zur Herausgabe des besetzten Gebäudes an die Immobilienfirma Franconofurt verklagt hat, zeigen sich die verschiedenen Aktivist_innen des Ivi kämpferisch. An ‚Aufgeben‘ und ‚das Haus einfach verlassen‘ scheint hier niemand zu denken. Stattdessen wird bereits für eine mögliche Räumung überregional mobilisiert, weitere Veranstaltungen geplant und auch neue Besetzungen angekündigt.

Am Samstag hatten bereits einige Personen aus dem Umfeld des Ivi das zurzeit leer stehende Gebäude des Sigmund Freud Institutes besetzt und hier eine Veranstaltungs- und Workshopreihe zur kritischen Auseinandersetzung mit Sozialpsychologie und Psychiatrie angeboten. Die Besetzung wurde am Montag auf Druck der Landesregierung zwar wieder aufgelöst, die Veranstaltungen können aber in den Räumen des SFI in der Goethe Universität unterkommen, das sich von Beginn an solidarisch gegenüber den Besetzer_innen gezeigt hatte.

„Die Reaktion der Mitarbeiter_innen des Sigmund Freud Institutes hat gezeigt, dass viele Menschen in der Stadt, das Bedürfnis nach selbstorganisierten Räumen, die jeder und jedem den Raum und die Zeit geben, sich kritisch mit gesellschaftlichen Fragestellungen auseinanderzusetzen, nachvollziehen können. Wir würden uns wünschen, dass auch die Stadt endlich einsieht wie notwendig solche Räume sind“ sagt Sarah Schneider vom Ivi. Sowohl die Besetzung des SFI Gebäudes in der Myliusstrasse als auch das Ivi zeichnen sich dadurch aus, dass an diesen Orten versucht wird in der Diskussion und theoretischen Reflektion gesellschaftlicher Entwicklungen eine Gegenöffentlichkeit herzustellen.

„Dass das Wissenschaftsministerium Druck aufbaut und das Gebäude räumen lässt, zeigt, dass der Versuch eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen in Hessen wohl gerade nicht gern gesehen ist. Dass eine Zwischennutzung mit einer kritisch-psychologischen Veranstaltungsreihe unter dem Vorwand vermeintlich gewaltbereiter Besetzer_innen geräumt wird, ist einfach nur lächerlich. Wir werden uns von diesem Verhalten gegenüber Besetzungen nicht einschüchtern lassen“ so Schneider weiter.

Die Aktivist_innen im Ivi hoffen immer noch auf eine politische Lösung des Konfliktes um das Institut und sehen die Stadt Frankfurt in der Pflicht, auch wenn bisher Angebote von Seiten der Stadt für eine materielle Unterstützung des Projektes ausgeblieben sind.

„Wir stehen mit einigen Fraktionen von Parteien des Römers auch weiterhin in Kontakt, leider fehlt es aber an Unterstützung von Seiten der Grünen. Dass gerade die Grünen, die teilweise selbst Häuserkampfgeschichte geschrieben haben, jetzt in der Stadtregierung die Homogenisierung Frankfurts vorantreiben und die städtische Verantwortung für Projekte, die versuchen eine andere Form von Kultur und politischer Bildung abseits kommerzieller Pfade anzubieten, einfach leugnen, macht uns wütend.“, sagt Sabine Winter. Sie ergänzt: „Eine große Stadt wie Frankfurt braucht Räume für Subkultur, ohne die wäre das kulturelle Leben genauso tot wie in der Provinz. Wir wollen ein Ersatzobjekt, um unsere Arbeit fortführen zu können“

„Wenn die Stadt uns nichts anbieten kann werden wir so lange besetzen, bis wir ein neues Gebäude haben.“, kündigt Oliver Sonnenschein an. Auch über das Angebot des Franconofurt Vorsitzenden Christian Wolf 10.000 Euro bei Übergabe des Gebäudes an die Besetzer_innen zu zahlen, können diese nur lachen. „Wir betreiben hier seit 9 Jahren ein Projekt, in dem gewohnt und gearbeitet wird, in dem Kongresse, Tagungen, Konzerte und Parties stattfinden, für 10.000 Euro könnten wir in Frankfurt ein genauso großes Gebäude wie das Ivi höchstens 2 Monate mieten. Das Angebot ist lächerlich. Wir wollen den Fortbestand des Ivi sichern, nicht ein paar Peanuts abgreifen.“ so Sonnenschein weiter. „Herr Wolf versucht sich hier medial als Wohltäter zu inszenieren. Dabei ist an der Geschäftspraktik sich ungeliebten Mieter_innen, oder in unserem Fall Besetzer_innen, durch

kleine Summen zu entledigen, um Eigentumswohnungen zu schaffen oder einen öffentlichen Raum zu privatisieren, nichts sozial. Außerdem ist das Angebot auch noch direkt an die Drohung gebunden, dass wir bei einer polizeilichen Räumung haftbar gemacht werden sollen und demnach immense Kosten auf uns zukommen. Das ist kein Angebot, sondern eher Erpressung!“ ergänzt Sarah Schneider.

In den nächsten Tagen und Wochen ist mit Aktionen zivilen Ungehorsams in der Stadt zu rechnen und auch die Räumung wird in Frankfurt am Tag selbst und den darauf folgenden Tagen bemerkbar sein. Eine überregionale Demonstration am Tag X+1 ist bereits in Planung.